

Die NZZ-Aktionärskultur lebt

Lebhafte Generalversammlung ohne Überraschungen

G. S. · Jahrzehntelang verliefen Generalversammlungen der AG für die Neue Zürcher Zeitung höchst harmonisch: keine kritischen Voten und Abstimmungsergebnisse von rund 99%. Seit einigen Jahren ist das nicht mehr so. Die Aktionärsdemokratie lebt, aufgrund des zersplitterten Aktionariats sogar eher ausgeprägter als anderswo, wie Verwaltungsratspräsident Conrad Meyer zu Recht an der diesjährigen, 142. Generalversammlung in Beantwortung einer Frage feststellte. Nicht dass die Versammlung besonders lang gedauert hätte, nicht dass sich massiver Unmut geäußert hätte - eher das Gegenteil -, aber es gab einige Aktionäre, die Stellung bezogen.

In einem scharfen, emotionalen, mit detaillierten Anekdoten gespickten Votum wurde von einem früheren Inlandredaktor kritisiert, dass man dem wichtigsten Kapital des Unternehmens, der Redaktion, zu wenig Wertschätzung entgegenbringe, seit auch im Hause NZZ ein CEO amte. Ein anderer Redner lobte Sparanstrengungen und Strukturbereinigungen, forderte Visionen, regte eine Aufstockung der Beteiligung an der FPH (Freie Presse Holding) von derzeit rund 75% an und hätte gerne gewusst, wie viel Geld bei der Abtretung der Zürich-Land-Zeitungen geflossen sei. Der Handel mit der Tamedia, der der NZZ die «Thurgauer Zeitung» bringt, der Tamedia dagegen den «Zürcher Unterländer», den «Zürcher Oberländer» und vor allem die «Zürichsee-Zeitung», wurde von mehreren Rednern als strategischer Fehler bezeichnet.

Von der Interessengemeinschaft «Freunde der NZZ» wurde angeregt, die Vinkulierungsbestimmungen zu lockern und auch liberale Unternehmer, die anderen Parteien als der «FDP.Die Liberalen» angehören, ins Aktienregister einzutragen. Als Beispiel wurde Peter Spuhler genannt. Ein anderer Votant schliesslich wollte das Gegenteil, nämlich eine Stärkung des FDP-Einflusses. Nach seiner Vorstellung sollten möglichst viele aktive FDP-Politiker Aktionäre werden und an der Generalversammlung teilnehmen, notfalls mit einer verbilligten oder auf die Amtszeit beschränkten vorübergehenden Zuteilung von Aktien.

Meyer beantwortete Fragen und Kritik geschickt und konstruktiv, gab in Einzelfällen Fehler zu und versprach, die Anliegen ernst zu nehmen und zu prüfen. Schon in seiner Präsidialrede hatte er einige im Vorfeld der Versammlung geäußerte Vorwürfe (Eigenkapitalabbau, schlechte Immobilienbewirtschaftung) aufgegriffen und als nicht zutreffend widerlegt. CEO Albert P. Stäheli seinerseits analysierte das Ergebnis, legte dar, was seit seinem Amtsantritt im Herbst 2008 alles unternommen worden ist, und gab sich für 2010 nicht zuletzt aufgrund der erst heuer voll wirksamen Sanierungsmassnahmen verhalten zuversichtlich. Mit rund 90% wurde schliesslich dem Verwaltungsrat Entlastung erteilt, und der Antrag, auf die Ausrichtung einer Dividende zu verzichten, erhielt ähnliche Zustimmung.

Bei den Zuwahlen in den Verwaltungsrat erhielten Jens Alder und Joachim Schoss 87% bzw. 89% der anwesenden und vertretenen Stimmen, Carolina Müller-Möhl gut 73%. Sie ersetzt Susanne Bernasconi-Aeppli, die nach neun Jahren im Verwaltungsrat nicht mehr zur Wiederwahl antritt, während Schoss den Platz von Olivier Burger einnimmt, der nach sieben NZZ-Jahren vor Ablauf der Amtszeit seinen Rücktritt gab.